

Die großen Zweifel an einem Corona-Gesetz binnen „weniger Tage“

Innenminister Seehofer plädiert für einheitliche Maßnahmen. Aber selbst die Union ist skeptisch, ob ein solches Vorhaben schnell genug umsetzbar wäre

VON HANNELORE CROLLY

Haben bei den Corona-Maßnahmen die Alleingänge der Länder mit regional unterschiedlichen Bestimmungen bald ein Ende? Ginge es nach Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), dann gäbe es schon in Kürze deutschlandweit einheitliche Regeln, die Länder und Kommunen je nach Inzidenz zu einem genau festgelegten Handeln zwingen würden. Das würde für Verschärfungen ebenso gelten wie für Lockerungen.

Die Bevölkerung habe nun einmal eine „große Sehnsucht“ nach einheitlichen Vorgaben, sagte Seehofer WELT AM SONNTAG. Und gab sich dabei zuversichtlich, dass sogar „innerhalb weniger Tage“ ein entsprechendes Gesetz durch Bundestag und Bundesrat gebracht werden könnte. Zur Euro-Rettung sei das schließlich ebenfalls gelungen.

Aber ist Seehofers mit Verve vorgetragener Vorstoß tatsächlich so leicht umsetzbar, zumal in derart kurzer Zeit? Sogar in der Union regt sich daran leiser Zweifel. Dabei schlägt dem Innenminister keineswegs auf breiter Front Widerstand entgegen, ganz im Gegenteil: Die Grünen im Bundestag zeigen sich „jederzeit“ zu einer Sondersitzung bereit, FDP und Linkspartei verweisen darauf, selbst schon seit Langem einheitliche Bestimmungen gefordert zu haben. Als einzige Partei erteilt lediglich die AfD jeder Überlegung über ein Corona-Bundesgesetz eine klare Absage. Doch Thorsten Frei, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, verweist trotz allen Wohlwollens für die Seehofer-Überlegung auch auf die Hürden, die einem Bundesgesetz im Weg stünden: „Der politische Wille muss auf ausnahmslos allen Seiten vorhanden sein“, sagte Frei WELT. Ein solches Gesetz benötige nun einmal eine Mehrheit im Bundesrat, sonst komme es schlichtweg nicht zustande. „Ich bin nicht sicher, ob im Bundesrat und den Landesregierungen derzeit eine Mehrheit für strengere bundeseinheitliche Vorhaben vorhanden ist“, so Frei. „Wir beobachten im Augenblick leider das Gegenteil: Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich zwar einvernehmlich auf

einen Notmechanismus bei hohen Inzidenzzahlen verständigt, der nun aber von Einzelnen ignoriert wird.“

Auch der Rechtswissenschaftler Steffen Augsburg glaubt selbst bei größten Anstrengungen auf allen Seiten nicht daran, dass ein solches Gesetz binnen Tagen über die Bühne gebracht werden könnte. Augsburg, der in Gießen Öffentliches Recht lehrt und zudem dem Deutschen Ethikrat angehört, erinnerte unter anderem an das in der Verfassung festgeschriebene Einspruchsrecht des Bundesrats. Außerdem tage der Bundestag selbst erst wieder Mitte April das nächste Mal. Der Rechtsprofessor hält es allerdings mit Blick auf zuletzt vermehrt „misslungene Schnellschüsse“ der Politik für fraglich, ob ein massiv beschleunigtes Gesetzgebungsverfahren überhaupt ratsam wäre.

SPD-Fraktionsvize Bärbel Bas sieht das ähnlich und ist über die von Seehofer angestoßene Debatte mitten in der dritten Corona-Welle „sehr verwundert“: „Das Bundesinnenministerium und das Kanzleramt haben unsere konkreten Vorschläge, einzelne Maßnahmen in das Infektionsschutzgesetz aufzunehmen, bisher immer abgelehnt“, sagte sie und kritisierte, dass von der Regierung seit Tage immer wieder neue Ankündigungen zu hören seien, ohne dass dem Bundestag konkrete Vorschläge gemacht würden. „Der Bundestag ist jederzeit in der Lage, schnell zu entscheiden. Das Parlament frühzeitig einzubeziehen ist aber bislang am Willen der Kanzlerin gescheitert.“

FDP-Fraktionsvize Stephan Thomaе sieht es derweil sogar als Pflicht des Bundestags an, endlich mehr Entscheidungen in Sachen Corona zu treffen. Wenn das einzige direkt vom Volk gewählte Verfassungsorgan endlich eine klare und präzise Bundesgesetzgebung auf den Weg bringe, beschneide es nicht Länderkompetenzen, sondern nehme seine Aufgaben gewissenhaft wahr, so Thomaе. „Aktuell nimmt der Bundestag seine gesetzgeberische Verantwortung in der Corona-Pandemie nicht hinreichend ernst.“ Stattdessen werde die gesetzgeberische Verantwortung auf Bun-

desregierung und Länderregierungen abgewälzt. Thomaе erinnerte daran, dass seine Fraktion schon im November 2020 und erneut im Februar 2021 Gesetzesvorschläge für präzise bundeseinheitliche Regelwerke vorgelegt habe, die beispielsweise den Gesundheitsämtern klare ‚Wenn-dann-Regeln‘ an die Hand gegeben hätten.

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt bot an, sich „jederzeit im Bundestag zu einer Sondersitzung einzufinden“. Die Bundesregierung dürfe nicht noch mehr wertvolle Zeit verlieren, sagte sie WELT und forderte: „Wir brauchen jetzt einen radikalen Wellenbrecher.“ In der Wirtschaft und Arbeitswelt müssten „die Risikokontakte auf ein Minimum herunter und der Infektionsschutz auf ein Maximum hoch.“ Es sei schwer nachvollziehbar, wenn man abends Kontakte mit Freunden hart einschränke, aber tagsüber in Großraumbüros zusammenarbeiten müsse.

Auch die Linkspartei sieht für den Schutz am Arbeitsplatz ganz besonders dringenden Handlungsbedarf. Achim Kessler, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfaktion, fordert bundesweit einheitliche Vorgaben, damit beispielsweise Unternehmen ihren Beschäftigten kostenlose Schnelltests zur Verfügung stellen müssen. „Die Bundesregierung hat viel zu lange einseitig die Interessen der Wirtschaft geschützt und Maßnahmen nur im privaten Bereich durchgesetzt“, kritisiert Kessler. „Folge davon ist die dritte Welle. Das muss jetzt endlich ein Ende haben.“ Nötig sei unter anderem eine verbindliche Testpflicht, die mit Kontrollen durchgesetzt werde.

Die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel hält diese Debatte aber für „so überflüssig wie gefährlich“. Weder ein „Bundes-Lockdown“ noch eine Beschneidung der Rechte der Länder sei mit der AfD zu machen. „Was wir angesichts des schädlichen und wirkungslosen Lockdowns jetzt ganz bestimmt nicht brauchen, ist eine Verfassungs- oder Föderalismusdebatte. Statt ‚binnen Tagen‘ über Gesetzes- oder gar Verfassungsänderungen nachzudenken,

müssen die Entscheidungen über den Kampf gegen Corona endlich dort getroffen werden, wo sie hingehören: im Deutschen Bundestag.“

Tatsächlich scheint es in der Bevölkerung aber ein gewisses Bedürfnis nach mehr Einheitlichkeit zu geben. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov wären 53 Prozent dafür, dass der Bund Corona-Maßnahmen

auch ohne Zustimmung der Länder beschließen könnte. 36 Prozent favorisieren ein gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern, elf Prozent machten keine Angaben.